

## DIENSTAGSKOLUMNE

Vermutlich werden sich viele Polen und auch manche Tschechen wieder provoziert fühlen, wenn die Vertriebenen-Präsidentin Erika Steinbach von Ministerpräsident Seehofer mit dem bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet wird. Steinbach ist trotz ihrer beachtlichen Lebensleistung umstritten, nicht nur in Polen und Tschechien, auch bei der SPD und den Grünen. Das liegt teilweise an der Person Steinbach. Sie ist keine Mutter Teresa der Vertriebenen, sondern eine un diplomatische Kämpferin für ihre Sache. Es liegt aber vor allem an der Sache selbst, am Aufrühren und Erforschen der blutigen Vergangenheit, die viele totschweigen möchten.

Steinbach hat nach ihrem vorläufigen Verzicht auf einen Sitz im Rat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ gesagt, das sei „eine wunderbare Lösung, ein fantastisches Damoklesschwert“. Womit sie ihren Gegnern an-

droht, sie könnte ihren Sitz bei Bedarf doch einnehmen. Man sieht förmlich, wie die rechtsgerichteten Kaczynski-Zwillinge und ihre Anhänger rot vor Wut anlaufen. Durch solche Töne fühlen sich auch manche SPDler und Grüne in ihrer Skepsis bestätigt.

Man muss jedoch Steinbach zugute halten, dass kein anderer Politiker es gewagt oder für notwendig erachtet hat, sich für eine Aufarbeitung der Vertriebenen und der Flucht mit aller Kraft einzusetzen. Es geht dabei nicht nur, aber auch um Millionen deutscher Opfer.

Steinbach hatte zunächst den angesehenen SPD-Politiker Peter Glotz an ihrer Seite, den als Kind vertriebenen Sudetendeutschen. Er erforschte auf hohem wissenschaftlichem Niveau die tieferen Ursachen, die in seiner früheren Heimat zwischen den Volksgruppen jene Feindschaft säten, die durch die Verbrechen Hitler-Deutschlands zur Explosion führte. Der inzwi-

schen verstorbene Glotz hat gezeigt, dass bei dem geplanten Zentrum gegen Vertriebenen Lehren aus Krisenherden gezogen werden sollen. Auch für die aktuelle Politik. Es kann und wird bei der im vorigen Jahr gegründeten Stiftung keineswegs um Min-

## Querschuss



Wilhelm Christbaum

## Quellen des Friedens

Der Streit wegen des Dokumentations-Zentrums gegen Vertreibung geht erbittert weiter. Er ist keineswegs sinnlos, sondern äußerst lehrreich.

schen verstorbene Glotz hat gezeigt, dass bei dem geplanten Zentrum gegen Vertriebenen Lehren aus Krisenherden gezogen werden sollen. Auch für die aktuelle Politik. Es kann und wird bei der im vorigen Jahr gegründeten Stiftung keineswegs um Min-

den. Auch für die aktuelle Politik. Es kann und wird bei der im vorigen Jahr gegründeten Stiftung keineswegs um Min-

den. Auch für die aktuelle Politik. Es kann und wird bei der im vorigen Jahr gegründeten Stiftung keineswegs um Min-

derung der deutschen Schuld gehen, ebensowenig werden sich die Deutschen neben den Juden als „einzigste Opfer“ der Hitler-Zeit darzustellen versuchen, wie in Polen geargwöhnt wird. Das würde schon die Stiftungssatzung verhindern. Es hilft aber alles nichts, die Gegner wollen dies nicht glauben.

Soweit diese Gegner aus der SPD kommen, mag das daran liegen, dass Politiker wie Ex-Kanzler Schröder den Vertriebenen skeptisch gegenüberstanden. Zum einen, weil er sie mit den erzkonservativen Verbänden gleichsetzte. Zum anderen, weil er sie für Unions-Wähler hielt. So machte er sich in Tschechien über Stoibers Unterstützung der Vertriebenen in rüdem Ton her.

Dass das Erforschen der Vergangenheit in Tschechien Besorgnis auslöste, ist ein großes Verdienst der Debatte. Es beunruhigte manchen Gewalttäter, dessen Morde oder Gewaltakte nach dem Krieg

durch Dekrete legalisiert worden sind. Freilich, die Beliebtheit der Deutschen ist dadurch nicht gestiegen. In Polen aktiviert die Diskussion die Existenzängste dieses Volkes, das zwischen Deutschland und Russland/Sowjetunion seit vielen Generationen malträtiert wurde.

Die Aussöhnung der Deutschen mit den westlichen Nachbarn wurde dadurch beschleunigt, dass man sich der sowjetischen Bedrohung ausgesetzt sah und man gemeinsam Kriegslasten beseitigen musste. Nicht alle haben die Deutschen deshalb geliebt. Mit Polen und Tschechien wird es länger dauern. Aber Gemeinsamkeiten helfen. Der tschechische Sozialdemokrat Spidla hat noch 2002 die Vertreibung als Quelle des Friedens bezeichnet. Im Amt eines EU-Kommissars ist er jetzt ganz Staatsmann. Fast ein Freund der Deutschen. **Den Autor erreichen Sie:** Wilhelm.Christbaum@merkur-online.de

## AKTUELLES IN KÜRZE

KP CHINA  
Westen kein Vorbild

China wird nach den Worten von Parlamentspräsident Wu Bangguo nie eine Demokratie nach westlichem Muster. Vor dem Nationalen Volkskongress rechtfertigte Wu die Einparteiensherrschaft der chinesischen Kommunisten.

SERBIEN  
Mladic in Belgrad

Der seit Jahren flüchtige und als Kriegsverbrecher angeklagte ehemalige Serben-General Ratko Mladic versteckt sich nach einem Medienbericht seit fünf Jahren in einer Hochhauswohnung in Neu-Belgrad. Es gebe nur noch eine einzige Person, die ihn mit Lebensmitteln und Medikamenten versorge.

USA  
Obamas Ständchen

Mit einer Gala haben Freunde und Ehrengäste den Geburtstag des krebserkrankten US-Senators Edward Kennedy gefeiert. Prominentester Gast war US-Präsident Barack Obama, der auch das Ständchen „Happy Birthday To You“ anstimmte. In Kennedys Ehrenloge saß First Lady Michelle Obama.

**Das Datum**  
**10. März 1661:** König Ludwig XIV., der „Sonnenkönig“, übernimmt die Macht in Frankreich. Er wird zum Inbegriff des Absolutismus.

**10. März 1959:** Vor dem Potala-Palast in Lhasa versammeln sich am tibetischen Neujahrsfest Tausende Tibeter, um den Dalai Lama vor der Deportation durch die „Volksbefreiungsarmee“ der Volksrepublik China zu schützen. Die Demonstration mündet in einem Volksaufstand gegen die kommunistische Herrschaft unter der Führung von Mao Tse-tung, den die Chinesen blutig niederschlagen. Zehntausende Tibeter flüchten über den Himalaya nach Indien, unter ihnen – am 17. März – auch der Dalai Lama.

SIMBABWE  
Tsvangirai zurück

Nach seinem schweren Autounfall ist der simbabwische Ministerpräsident Tsvangirai am Montag aus dem Nachbarstaat Botswana in seine Heimat zurückgekehrt, wo er die Begräbnisfeier für seine bei dem Unfall getötete Frau Susan organisieren will.

PALÄSTINENSER  
Hanija vor Abbas

Palästinenserchef Abbas muss nach einer Umfrage bei den geplanten Präsidentschaftswahlen um seine Wiederwahl bangen. Derzeit liegt der Hamas-Politiker Hanija mit einer Zustimmung von 47 Prozent vor Abbas mit 45 Prozent.

USA  
Obamas Kurswechsel

US-Präsident Barack Obama hat eine Wende in der Forschungspolitik eingeleitet und sich hinter die embryonale Stammzellenforschung gestellt. Er setzte die von Vorgänger Bush verfügte Beschränkung bei der staatlichen Finanzierung der Forschung mit menschlichen embryonalen Stammzellen außer Kraft. Obama sprach von einem Kurswechsel, auf den viele gehofft hätten.

## STATISTIK



Ein elfjähriger Bub in Köln-Ossendorf. Kinder werden zunehmend „in armen Stadtteilen“ geboren. FOTO: DPA

## Massiver Anstieg von Kinderarmut befürchtet

Frankfurt/Main – Der Deutsche Kinderschutzbund warnt vor einem massiven Anstieg der Kinderarmut als Folge der Wirtschaftskrise. Dies gelte umso mehr, da nach der demografischen Entwicklung die Kinder „in den armen Stadtteilen“ geboren würden, sagte Präsident Heinz Hilgers der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Dagegen sanken die Geburtenzahlen in bürgerlichen, gut situierten Vierteln dramatisch.

Derzeit bekommen rund zwei Millionen Kinder Hartz IV, wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung mitteilte. Hilgers betonte, man müsse sich um ein Drittel der Kinder „große Sorgen machen“ – also um rund fünf von 15 Millionen. Er befürchte, dass es in 20 Jahren nur noch zehn Millionen Kinder geben werde, die Hälfte davon in sozial schwachen Familien. „Das ist eine Katastrophe, auf die eigentlich alle Ökonomen aufgebracht reagieren müssten“, sagte er und

kritisierte die Konjunkturpakete der Bundesregierung: Die Politik investiere mit Blick auf Kinder und ihre Bildung „nur in Steine“. „Schulbauten und Kindertagesstätten werden durch das Konjunkturprogramm gefördert, aber wir brauchen mehr Investitionen in Menschen“, so Hilgers.

Nach einem leichten Anstieg der Geburten 2007 deutet sich unterdessen wieder ein Rückgang an. Im November 2008 wurden im zweiten Monat in Folge deutlich weniger Babys geboren als im Vorjahresmonat. Das geht aus den vorläufigen Monatsergebnissen des Statistischen Bundesamtes hervor. Um diesen Einbruch für das Gesamtjahr 2008 auszugleichen, müsste die Dezember-Geburtenzahl um mehr als 20 Prozent ansteigen. Im November 2008 gab es laut Bundesamt 49 137 Lebendgeborene in Deutschland. Das waren 11,7 Prozent oder rund 6500 weniger als im November 2007. ap/dpa

## POLITIKFORSCHER WEIDENFELD IM INTERVIEW

## „Gratwanderung der Union“

München – Die Umfragen sind so schlecht wie lange nicht, immer mehr Wähler laufen zur FDP über. Sechs Monate vor der Bundestagswahl steckt die Kanzlerinnenpartei im Tief. Kommt die Union wieder aus der Krise? Fragen an Prof. Dr. Werner Weidenfeld (61), Direktor des „Centrum für angewandte Politikforschung“ (CAP) und Professor für Politische Wissenschaft an der LMU München.

■ Die Union ist in Umfragen auf bis zu 32 Prozent gefallen. Wie ist dieser Absturz zu erklären?

Das sind normale Schwankungen. Die Wähler sind heute sehr viel flexibler als noch in früheren Jahrzehnten. Parteien können sich nicht mehr darauf verlassen, dass bestimmte Zustimmungswerten in Beton gegossen sind.

■ Besonders wirtschaftskonservative Wähler laufen in Scharen zur FDP über, weil sie die Debatte um Staatshilfen und Entzweigungen nicht nachvollziehen können. Wird die Wirtschaftskrise zur Unionskrise?

Das muss nicht sein. Die FDP hat als Klientelpartei den Vorteil, in einer solchen Krise mit einer relativ einfachen Antwort aufwarten zu können. Da tut sich die Union mit der Interessenvielfalt ihrer Anhängerschaft viel schwerer. Die Wanderungsbewegungen, die zu beobachten sind – sei es zwischen FDP und Union oder auch zwischen SPD und Linkspartei – bleiben jedoch jeweils im gleichen politischen Lager. Insofern ist die Entwicklung aus Sicht der Union weniger dramatisch.

■ Warum können CDU und CSU nicht stärker von den vergleichsweise stabilen Sympathiewerten der Kanzlerin profitieren?

Es ist nicht ungewöhnlich, dass sich persönliche Sympathiewerte nicht auf eine Partei übertragen. Hinzu kommt, dass Angela Merkel auf Kernanhänger der CDU/CSU nicht gerade den stärksten Einfluss ausübt. Die Vorsitzende tritt auf den klassischen Feldern der CDU-Programmatik wenig in Erscheinung. Dort entfaltet sie geringere Bindewirkungen, während sie als Kanzlerin der Großen Koalition in der Gesamtwählerschaft ein beachtliches Ansehen genießt.



Geradezu perfekte Kohl-Schülerin: Angela Merkel. RTS

■ Merkel wird vorgeworfen, konservative Kreise bewusst verprellt zu haben, etwa durch ihre Kritik am Papst und der Zurückhaltung im Fall Erika Steinbach. Wie groß ist der Flurschaden?

Bewusst verprellt hat Frau re anzuraten, ihre programmatische Kraft zu stärken, statt im Alltag immer nur clever zu taktieren.

■ Die CSU hat angekündigt, sich künftig deutlich schärfer von der CDU abzugrenzen, um die konservative Klientel zu bedienen. Kann diese Strategie aufgehen?

Für die CSU auf jeden Fall. Sie bis zur Grenze des Hinnehmbaren auf Abstand zur CDU zu halten, um Konser-

vative an die Union zu binden – diese Strategie ist unter Franz Josef Strauß ja auch schon immer aufgegangen.

■ Durch den Dauerstreit der Unionswestern entsteht jedoch ein Bild der Zerstrittenheit. Die Folge: Die Wähler laufen in Scharen davon. Ist der Schaden für die CSU damit nicht größer als der Nutzen?

Die CSU muss bei ihrer Profilierung darauf achten, dass die Unionsparteien nicht als zerstritten wahrgenommen werden, sondern als vitale Diskussionsgemeinschaft. Die CDU/CSU wandert hier seit jeher auf einem schmalen Grat.

■ Mehrere CDU-Ministerpräsidenten haben die Kanzlerin aufgefordert, ihren Kompromisskurs in der Großen Koalition zu beenden und mit dem Wahlkampf zu beginnen. Angenommen, sie beherzigt diesen Rat: Hätten die Wähler inmitten einer Wirtschaftskrise dafür Verständnis?

Hinter diesen Appellen steckt die Absicht zur persönlichen Profilierung. Wir befinden uns ja schon seit geraumer Zeit im Wahlkampf. Die Ministerpräsidenten könnten sich ihre öffentlichen Ermahnungen sparen und auch einfach zum Telefonhörer greifen, wenn sie Frau Merkel etwas zu sagen haben. Die Bundeskanzlerin muss sehr sensibel ausloten, wann sie die Kontraste zum Koalitionspartner SPD weiter schärft. Es besteht in der Tat das Risiko, dass die Bürger dies als Ablenkung von seriöser Politik einordnen. Für Merkel ist das eine Frage des richtigen Timings. Interview: Holger Eichele

## CLEMENT

## „Müntefering ist gierig auf Macht“

Berlin – Der aus der SPD ausgetretene frühere Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement hat Parteichef Franz Müntefering vorgeworfen, „machtgierig“ zu sein und der Sozialdemokratie „schweren Schaden“ zuzufügen. In seinem Buch „Klartext. Damit Deutschland wieder in Fahrt kommt“, aus dem vorab Auszüge veröffentlicht wurden, greift Clement Müntefering massiv an. Er sei im November aus der SPD „auch deshalb ausgeschieden, weil die Parteiführung keinen klaren Trennungsschritt zur PDS/Die Linke zieht – obgleich deren Stasi-Verstrickung offenkundig ist“. ap

## NORDIRLAND

## „Frieden ist nicht zu erschüttern“

London – Nach dem Anschlag in Nordirland auf eine britische Kaserne hat Premierminister Gordon Brown betont, dass alle Parteien hinter dem Friedensprozess in der einstigen Krisenregion stehen. Die Menschen in Nordirland wollten „keine Trauer und keine Tränen“ mehr, sagte der britische Regierungschef in Belfast. „Der politische Prozess ist nicht zu erschüttern.“ Die Terrorgruppe „Wahre IRA“ (Real IRA), die sich zu dem Anschlag bekannt hatte, habe „keinen Platz in der nordirischen Politik“. Es handle sich um „kalt-schnäuzige Mörder“. dpa

## NORDKOREA

## Truppen in Kampfbereitschaft

Volksarmee droht mit Krieg – 100 Prozent bei Wahl für Kim Jong Il

Seoul – Neue Spannungen auf der koreanischen Halbinsel: Als Reaktion auf ein Manöver der US-Streitkräfte mit Südkorea hat das kommunistische Nordkorea seine Truppen in volle Kampfbereitschaft versetzt. Zugleich kappte das Regime in Pjöngjang die letzte Kommunikationsleitung zum Nachbarland. Die nordkoreanische Volksarmee drohte mit Krieg, sollten seine Gegner versuchen, einen „Satelliten“ abzuschließen, den Nordkorea ins All befördern wolle.

Ein Abschluss würde mit Vergeltungsschlägen gegen militärische Stützpunkte der USA, Japans und Südkoreas



Kim Jong Il ließ alle Verbindungen zu Südkorea unterbrechen

beantwortet, hieß es in einer in Pjöngjang veröffentlichten Erklärung des Generalstabs. Die drei Länder befürchten, das kommunistische Land könnte eine militärische Langstreckenrakete unter dem Deckmantel eines Satelliten-

## ÄRZTE

## Althaus macht gute Fortschritte

Allensbach – Der thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus macht bei der Rehabilitation nach seinem schweren Skiunfall weitere Fortschritte. Althaus' Gesundheitszustand entwickle sich „sehr erfreulich“, erklärten die Kliniken Schmieder in Allensbach, in denen der CDU-Politiker seit fast zwei Monaten wegen eines Schädel-Hirn-Traumas behandelt wird. Für kommende Woche wurde eine Pressekonferenz angesetzt, auf der die behandelnden Ärzte über „die Therapiefortschritte der letzten Wochen sowie über den geplanten Rehabilitationsverlauf“ informieren wollen. ap